Nr. 96. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 26. Februar 1895.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Die Volksschule.

Dem Vernehmen nach wird bei der zweiten Berathung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhause auch die Frage der Leistungsfähigkeit der Schulverbände für Zwecke der Volksschule zur Besprechung kommen. Die Angelegenheit ist schon in der Budgetkommission verhandelt worden, wobei der Kultusminister eine Erklärung abgegeben hat. Danach liegt die Entscheidung über diese Leistungsfähigkeit jetzt je nach der Natur der Ausgabe in verschiedener Hand. Treten an die Gemeinden neue oder erhöhte Anforderungen heran, so entscheiden die Frage der Leistungsfähigkeit nach dem Gesetz vom 26. Mai 1887 die Selbstverwaltungsbehörden allein, in letzter Instanz die Provinzialräthe. Handelt es sich um die Anordnungen von Volksschulbauten, so entscheiden die Verwaltungsgerichte, in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht, darüber, ob die Gemeinde bei billiger Rücksichtnahme auf ihre wirthschaftliche Lage fähig ist, die ihr angesonnene Leistung zu übernehmen. Ist in Frage, ob eine Gemeinde bei Aufbringung ihrer bereits bestehenden Ausgaben für die Volksschule staatlicherseits unterstützt werden soll, so ist die Entscheidung in die Hand der Bezirksregierungen gelegt. Es befinden darüber die Schulabtheilung und die Finanzabtheilung der Regierung gemeinschaftlich. In welcher Weise diese Entscheidung vorzubereiten, auf welche Punkte bei der Prüfung einzugehen und darüber, in welcher Reihenfolge etwa die Steuerkraft der Gemeinden für Zwecke der Volksschule und für andere kommunale Zwecke in Anspruch zu nehmen ist, darüber sind unter dem 8. Mai 1854 und 23. Oktober 1856 von dem Unterrichtsminister im Einverständniß mit dem Finanzminister und dem Minister des Innern allgemeine Anordnungen ergangen.

Trotz der Erleichterung, welche die Gemeinden in der Aufbringung der Volksschullasten durch die Gewährung von Staatsbeiträgen zum Stelleneinkommen und zu den Ruhegehältern sowie durch die Einführung staatlicher Dienstalterszulagen erfahren haben, nimmt die Volksschullast in dem Haushalt der Gemeinden einen viel breiteren Raum ein, als zur Zeit des Erlasses der erwähnten Verfügungen. Auch sind den Gemeinden inzwischen auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens Aufgaben gestellt, deren Erfüllung sie sich ebensowenig, wie der Unterhaltung ihrer Volksschulen entziehen können. Es scheint deshalb angezeigt, die Grundlagen für die Ermittelung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden für Zwecke der Volksschulen und die an die Gemeinden hierfür zu stellenden Anforderungen einer erneuten Prüfung zu unterziehen und namentlich zu versuchen, durch die Aufstellung einheitlicher Gesichtspunkte eine gerechte, der Leistungsunfähigkeit der ärmeren Gemeinden gleichmäßig Rechnung tragende Vertheilung der zu ihrer Unterstützung im Staatshaushalt ausgeworfenen Mittel herbeizuführen.

Die Frage, ob und auf welchem Wege dies möglich wäre, ohne die individuelle Behandlung des einzelnen Falles auszuschließen und ohne die Grenze der bereitstehenden staatlichen Mittel zu überschreiten, wird bereits seit einiger Zeit zwischen dem Unterrichtsministerium und den Ministerien des Innern und der Finanzen als den nächstbetheiligten Ressorts erörtert. Indessen läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmt übersehen, ob bei den großen Schwierigkeiten, welche in der Sache liegen, es möglich sein wird, zu einem praktischen Ergebniß zu gelangen. Erweist es sich als möglich, seitens des königlichen Staatsministeriums Bestimmungen, sei es im Wege der Verwaltung, sei es auf gesetzgeberischem Wege, zu treffen, so wäre ein solches Ergebniß nicht nur vom Standpunkte der Gemeinde, sondern auch von dem der Unterrichtsverwaltung mit Freude zu begrüßen.

Wenn schließlich in der Landesvertretung eine Prüfung der Frage gewünscht wird, ob nicht eine Mitwirkung der Selbstverwaltungsbehörden in noch zu erwägenden Grenzen bei Feststellung der Leistungsfähigkeit für schon bestehende Ausgaben eingeführt werden kann, so wird auch diese Frage in die Erörterungen einbezogen werden, welche über die oben erwähnte Hauptfrage bereits schweben.

Deutschland.

Berlin, 26. Februar. Zur Begründung der Tabaksteuervorlage schreiben die „Berl. Polit. Nachrichten“:

„Die Generaldebatte über die Tabaksteuervorlage hat die „Freisinnige Zeitung“ lebhaft beunruhigt. Ihr Herausgeber sieht seine Stellung als unumschränkter Führer einer finanzpolitisch-oppositionellen Mehrheit des Reichstags augenscheinlich ernstlich bedroht und ist demzufolge eifrigst bemüht, alle Künste zur Erhaltung derselben anzuwenden. Ohne Zweifel wird jetzt auch, nach den Andeutungen des gedachten Blattes zu schließen, allen Ernstes versucht werden, den von demselben schon früher gerathenen Aktionsplan persönlicher Einwirkung auf die als unsicher angesehenen Reichstagsabgeordneten durchzuführen, und es werden daher die als solche von der Leitung der Agitation bezeichneten Mitglieder des Reichstags gewärtigen müssen, von einer Anzahl von Interessenten der Tabakbranche demnächst persönlich und dauernd bearbeitet zu werden. Allein man wird billig bezweifeln dürfen, ob selbst diese ultima ratio einer vor nichts zurückschreckenden Agitation der Sonderinteressen die erstrebte Wirkung auf den Reichstag haben wird. Denjenigen Gründen, wie sie klar und präzise der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf Posadowsky aufs neue vorgebracht hat, kann ein Reichstag, der sich seiner Aufgabe bewußt ist, auf die Dauer um so weniger entziehen, als die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der endlichen Ordnung der Finanzen sich in immer weiteren Kreisen Bahn bricht. Denn die ihrer Pflicht und ihren Aufgaben getreuen Vertreter des deutschen Volkes werden sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß auch die Volksvertretung die Verantwortung für die Ordnung der Finanzen trägt und daß demzufolge der Reichstag, welcher der Militärvorlage und den Handelsverträgen zugestimmt hat, auch die Verpflichtung hat, die Deckung für die dadurch hervorgerufenen Mehrausgaben und Mindereinnahmen mit herbeizuführen. Erwägt man ferner, daß gerade auf Wunsch des Reichstages auf die Erhöhung der Biersteuer verzichtet ist, auch andere Wege zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs, wie z. B. eine Reichseinkommen- und Reichserbschaftssteuer zur Zeit ganz ungangbar sind, so wird man sich sagen müssen, daß eine mäßige Erhöhung der Steuer auf einen reinen Luxusartikel in einer Form, welche, wie die jetzige Vorlage, die schwächeren Schultern und zwar nach der Seite der Produktion wie der Konsumtion planmäßig schont und die Belästigungen und sozialen Nachtheile der Steuerreform auf das denkbar geringste Maß ermäßigt, seitens einer ihrer Pflicht und Aufgabe voll bewußten Volksvertretung nicht füglich von der Hand gewiesen werden kann. Gerade diese Erwägungen sind es offenbar, welche im Schooße bisher ablehnend gestimmter Gruppen innerhalb und außerhalb des Reichstages einen Umschwung angebahnt haben. Man wird ihnen bei ihrer unwiderleglichen Folgerichtigkeit werbende Kraft genug zutrauen können, um in immer weiteren Kreisen wirksame Propaganda für eine Vorlage zu machen, für welche im Falle der Ablehnung die Mehrheit des Reichstages Ersatz zu schaffen nicht in der Lage ist, deren Ablehnung mithin dem Reiche einen nicht wieder gut zu machenden Schaden bereiten würde.“

— Die Hülfslehrer und Kandidaten an den höheren Lehranstalten Preußens befinden sich gegenwärtig in großer Nothlage. Als Ursache ist in erster Linie der übermäßige Andrang zu dem philosophischen Studium in dem vorletzten Jahrzehnt anzusehen, der in einer über das Bedürfniß hinausgehenden Errichtung vollberechtigter Lehranstalten während der Gründerjahre seinen Ursprung hat. Dazu kommt, daß die wohlgemeinten und vortrefflichen Vorschläge der Schulkonferenz vom Dezember 1889 bis heute noch nicht ausgeführt worden sind. Die Herabsetzung der Stundenzahl für einzelne Fächer, sowie die Erhöhung der Pflichtstundenzahl machte zahlreich endgültig angestellte Lehrkräfte überzählig, die erst nach und nach wieder untergebracht werden müssen. Trotz der hohen Anforderungen der neuen Lehrpläne an die Thätigkeit des Lehrers sind die überfüllten Klassen gerade so wie früher bestehen geblieben oder der Ersparniß halber eingerichtet worden. Dadurch hat sich die Wartezeit der Hülfslehrer, von der Beendigung des Probejahres ab gerechnet, jetzt schon auf acht Jahre erhöht und wird noch weiter steigen, so daß sie mit 35 bis 40 Jahren in die Gehaltsstufe von 700 Thalern einrücken! Aussicht auf Erreichung der obersten Gehaltsstufe — nach 27 Jahren — haben von den jetzt zur Anstellung Gelangenden mithin nur wenige, von einem längeren Genuß der obersten Gehaltsstufe ist natürlich keine Rede. Ueber die Anrechnung des Militärjahres auf das Dienstalter herrscht eine solche Rechtsunsicherheit und Ungleichheit in der Praxis, daß selbst die Provinzialschulkollegien sich keinen Rath wissen. Die kummervolle lange Wartezeit wird noch dadurch erschwert, daß die durch den Normaletat festgesetzten Bezüge für Vertretungen häufig abgerundet und nicht voll ausgezahlt werden und Reisegelder durch Ministerialverfügung so gut wie aufgehoben worden sind, so daß die bei anderen Berufen so ersehnten Kommissarien hier häufig wegen ungenügender Bezahlung abgelehnt werden müssen. Dringend erforderlich ist auch die Vereidigung der Hülfslehrer und Kandidaten und die Verleihung eines geeigneten Titels an diese. Während in Westpreußen die Kandidaten sofort bei Antritt des Seminarjahres vereidigt werden, verweigern alle anderen Provinzialbehörden diese Forderung, und das Unterrichtsministerium hat sich zu einer Bewilligung noch nicht entschließen können. Geradezu beschämend und herabwürdigend ist der den nicht etatsmäßigen Lehrkräften anhaftende amtliche Titel „Kandidat“, der diese trotz der Ableistung der strengen Prüfungen des Seminar- und Probejahres und trotz des Zeugnisses der Anstellungsfähigkeit auf eine Stufe mit dem verbummelten Studenten stellt. Zur Hebung des Standes können solche Zustände unmöglich beitragen. Eine von ausführlichem Material begleitete und von 678 Hülfslehrern und Kandidaten unterzeichnete Denkschrift über diese Verhältnisse ist sämtlichen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses übersandt worden. Die Bittsteller hoffen, daß bei den bevorstehenden Landtagsverhandlungen endlich ihre Forderungen als berechtigt anerkannt und ihnen Abhülfe geschafft werden wird.

— Immer mehr Segel stellt der Ultramontanismus aus; als ob er Morgenluft zu wittern beginne. Bei der Etatsberathung hat diesmal Freiherr von Heereman und deutlicher noch sein Fraktionsgenosse, der Geistliche Dr. Dittrich, die Forderung gestellt, daß die Akademie Münster in die „katholische Universität“ umgewandelt werde, die man bisher auf privatem Wege zu erreichen vergeblich bemüht gewesen ist. Natürlich soll die Freiheit der Wissenschaft unangetastet bleiben, aber die Lehrer sollen ausschließlich Katholiken und Kautelen getroffen sein, damit nicht der Same des Unglaubens oder einer andern falschen Richtung in das Herz der Jugend gelegt werde. Herr Dr. Dittrich hat mit einer Offenheit, die ihm Ehre macht, gradezu von einer „Stätte katholischer Wissenschaft“ gesprochen, wo diese sich „voll und ganz“ nach ihren eigenen Prinzipien entwickeln könne. Man kann es nur bedauern, daß die Regierung, an deren Großherzigkeit Herr Dr. Dittrich appellirte, den Protest gegen die katholische Wissenschaft dem Abg. Dr. Virchow allein überlassen hat. Herrn Ministerialdirektor Althoff hat es sogar mit Genugthuung erfüllt, daß Frhr. von Heereman die Freiheit der Wissenschaft anerkannt habe. Bei so erstaunlicher Naivetät kann es natürlich den Herren vom Zentrum nicht fehlen. Da brauchen sie gar nicht erst die frommen Väter vom Orden der Gesellschaft Jesu zur Unterstützung.

— Staatssekretär Hollmann hat nach der „Vossischen Zeitung“ in Folge von Differenzen mit dem Oberkommando jüngst den Wunsch ausgesprochen, von seinem Amte zurücktreten zu dürfen, was in diesem Augenblick, da der Marinehaushalt noch nicht erledigt ist, zu mannigfachen Unbequemlichkeiten führen müßte. Der Kaiser hat in Folge dessen in der vorigen Woche mit dem kommandirenden Admiral von der Goltz eine längere Konferenz gehabt, und es scheint die Angelegenheit vorläufig beigelegt zu sein. Doch heißt es, daß auch der Admiral von der Goltz in seiner Stellung sich nicht mehr recht behaglich fühle. Eine endgültige Entscheidung werde vermuthlich erst nach Erledigung des Marineetats getroffen werden. — Nach der „Freisinnigen Zeitung“ sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden obersten Beamten der Marine schon vor einiger Zeit ausgeglichen worden.

— Der Abg. Dr. Paasche hat seinen bekannten Antrag auf Abänderung des Zuckersteuergesetzes bei den Parteien des Reichstags zirkuliren lassen. Der Antrag ist jetzt mit zahlreichen Unterschriften dem Bureau des Reichstags eingereicht. Außer den politischen Freunden des Antragstellers, den Nationalliberalen, die fast vollzählig für den Entwurf eintreten, haben auch, wie der „Köln. Ztg.“ geschrieben wird, die beiden konservativen Fraktionen sich betheiligt, das Zentrum hat 28 Unterschriften geliefert, die deutsche Reformpartei, die Welfen und Polen sind einmüthig für den Antrag.

— Der brandenburgische Provinziallandtag hat den von 20 Mitgliedern unterstützten Antrag der Abgg. Graf v. Wilamowitz, v. Benda und Fritsche, dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage die Glückwünsche der Provinz Brandenburg darzubringen und mit der Ausführung dieses Beschlusses den Provinzialausschuß zu betrauen, angenommen.

— Zahlreiche Mitglieder aus allen Parteien des Abgeordnetenhauses haben eine Resolution eingebracht, in der die Regierung ersucht wird, die nothwendigen Maßregeln zu ergreifen, um die durch die wiederholten Sperrungen des Berliner Schlacht- und Viehhofes der einheimischen Landwirthschaft und dem Viehhandel zugefügten schweren Schäden für die Zukunft zu beseitigen.

— In Bromberg wurde vor wenigen Tagen 30 Eisenbahndiätaren gekündigt mit der Maßgabe, daß ihnen auf Pension keine Aussicht gewährt werden könne. Mit Bezug hierauf werden die Beamten an zuständiger Stelle petitioniren, daß man sie weiter beschäftigen oder den längere Zeit Beschäftigten eine Pension gewähren möge. Die Voraussetzung für eine derartige Petition ist, daß die Petenten Beamteneigenschaft haben, und die Eisenbahndiätare glauben auch Beamtenqualität zu besitzen. In der Entscheidung der zuständigen Behörde wird also zum Ausdruck kommen, ob Diätare, die 10—24 Jahre Beamtendienste thun, im Sinne des Gesetzes als Beamte zu betrachten sind. Der „Brbg. Unpart.“ bringt bei dieser Gelegenheit einen sehr ähnlich liegenden Präzedenzfall zur Sprache, in welchem den Beschwerde führenden Beamten Recht gegeben wurde. Es handelte sich damals um einen bei dem Magistrat zu Elbing angestellten Boten, dem nach siebenjähriger Thätigkeit den Engagementsbedingungen entsprechend mit vierwöchiger Frist gekündigt wurde. Der Beamte erhob den üblichen Einspruch, da er annahm, daß er durch seine siebenjährige Thätigkeit Beamtenqualität erlangt habe. Die verschiedenen Instanzen des Gerichts schlossen sich dieser Ansicht an, und so wurde die Stadt Elbing zur Nachzahlung des Gehalts und Wiederanstellung des Beamten verurtheilt. Nach dieser Entscheidung könnte es den Anschein gewinnen, als ob die Diätare durch ihre Thätigkeit Beamtenqualität erlangt haben — die Entscheidung wurde aber schon im Jahre 1887 gefällt.

— Sämtliche japanische Offiziere, die zu ihrer Ausbildung im deutschen Heere dienten, sind gestern nach ihrer fernen Heimath abgedampft. Vor vierzehn Tagen erhielten die Herren ein Telegramm ihres Kriegsministers, des Marschalls Oyama, Führer der zweiten Armee, der sie anwies, ihre Truppentheile zu verlassen und sich in Berlin zu gemeinsamer Abfahrt zu sammeln. So kamen sie aus den verschiedensten Theilen des Reichs, in denen sie in Garnison gelegen, herbei, zwölf an der Zahl, und alle Waffengattungen waren vertreten. So diente Hauptmann Osawa beim Trainbataillon Nr. 11, Rittmeister Mitake hatte den Braunschweiger Husaren angehört, bei der Garde-Fuß-Artillerie hatte Herr Sato, beim Regiment Göben Herr Yamamoto gestanden. Zur Telegraphenschule war Hauptmann Kitagawa, zu den Pionieren Premierlieutenant Hayaski kommandirt gewesen u. s. f. Die hiesige japanische Kolonie hatte es sich nicht nehmen lassen, den Vertretern ihrer tapferen Armee, die nun selbst im Begriffe standen, gegen den Feind zu ziehen, ein Abschiedsfest zu geben. Nach deutscher Art ward das Fest beim Gerstensaft gefeiert, zu welchem Zwecke man ein in der Karlstraße belegenes Restaurant gewählt hatte. Hier fanden sich außer den Offizieren die Herren der Gesandtschaft, den Gesandten Vikomte Aoki an der Spitze, nebst 34 Landsleuten, überwiegend Studirende unserer Hochschulen, ein. Von den vielen gehaltenen Reden mögen zwei hier kurz erwähnt sein. So sprach der erste Legationssekretär Herr Mihaoka u. A. Folgendes: „Ich weiß, daß Sie in Peking einzuziehen wünschen. Darum verlassen Sie morgen Berlin, reisen nach Bremen und werden sich nach Newyork einschiffen. In Vancouver, Ihrer Station, der Sie nach dem Eintreffen in Newyork zuzustreben haben, wird Sie zur Ueberfahrt nach der Heimath ein Schiff erwarten, das den Namen „Peking“ führt. Ein merkwürdiger Zufall, der aber für das Vaterland und für Sie gewiß eine gute Vorbedeutung in sich schließt!“ — Die andere bemerkenswerthe Rede war die des Herrn Kitagawa, der sich mit folgenden Worten an die „Zivilisten“ wandte: „Wir sind abberufen worden, und damit ist uns jetzt Gelegenheit geboten, zu zeigen, was wir in Deutschland gelernt haben. Sie aber bleiben noch in dieser schönen Stadt und in diesem mächtigen Lande zurück. Benutzen Sie die Zeit noch fleißig im Gedenken an das Vaterland. Denn nicht wir Soldaten sind die alleinigen Sieger. In gleicher Stärke sind es die Lehren der Kultur gewesen, die uns gerade dieses Land geboten hat.“ — Erst um 1 Uhr Nachts endete die Abschiedsfeier. Heute (Dienstag) sind die Herren in See gegangen. Am 14. März werden sie sich in Vancouver einschiffen und hoffen am 28. in Yokohama zu landen.

— Die „B. N. Nachr.“ theilen einen Vertrag mit, der zwischen dem Erzbischof Dr. von Stablewski in Posen und der Versicherungsgesellschaft in Schwedt geschlossen wurde. Nach dem Vertrage verpflichtet sich der Erzbischof, „zweimal im Jahre im katholischen Amtsblatte für die Diözesen Gnesen und Posen die Versicherungs-Gesellschaft in Schwedt sämtlichen Kirchenvorständen, Geistlichen und Pächtern kirchlicher Grundstücke für Versicherungen von Mobiliar, Kirchen, Pfarren, Hospitalgebäuden und allen anderen geistlichen Instituten gegen Feuersgefahr, sowie für Versicherungen der Kreszenz gegen Hagel zu empfehlen und außerdem dieselben Empfehlungen an die beiden Metropolitan-Domkapitel in Gnesen und Posen alle drei Jahre zu machen“. Die Versicherungsgesellschaft verpflichtet sich ihrerseits, „eine Bonifikation von 10 — zehn — v. H. des Bruttoertrages von den Vorprämien, welche auf Grund der laut § 1 abgeschlossenen Versicherungen gezahlt werden, alljährlich am Schlusse des Rechnungsjahres an die Kasse des erzbischöflichen Stuhles in Posen zu Diözesan-Zwecken zu zahlen“. Sämtliche Versicherungsverträge müssen in der Agentur B. v. Dembinski u. Co. sich konzentriren. Die Posener Agentur soll auch in Zukunft mit einem der beiden Landessprachen kundigen Katholiken besetzt werden. Die „B. N. Nachr.“ bemerken zu diesem auffälligen Stückchen polnischer Propaganda:

„Der Zweck dieses merkwürdigen Vertrages ist unschwer zu erkennen. Die Schwedter Gesellschaft besitzt innerhalb der Diözesen Posen und Gnesen eine größere Anzahl meist deutscher Agenturen. Diesen allen werden nunmehr vermöge des Vertrages die Agenturgeschäfte für die Kirchenbesitzthümer zu Gunsten der polnischen Firma B. von Dembinski u. Co. entzogen, die deutschen Agenturen also seitens des erzbischöflichen Stuhles einfach boykottirt. Hierbei liegt auf der Hand, daß die Kirchenvorstände und Geistlichen auf die „Empfehlung“ Seiner Erzbischöflichen Gnaden hin sich nicht begnügen werden, nur die kirchlichen Besitzthümer durch die Vermittelung der Firma Dembinski zu versichern, sondern daß auch die Agenturgeschäfte für die Versicherung aller weltlichen Liegenschaften und Mobilien, soweit sie in polnischem Besitz sind, mehr oder minder der polnischen Firma Dembinski zufallen werden. Als Gegenleistung in diesem Handelsgeschäft beziehen Seine Erzbischöfliche Gnaden eine Provision von 10 v. H. für „Diözesanzwecke“. Wer das Gebahren der polnischen Geistlichkeit kennt, weiß, daß diese 10 v. H. dem Herrn Erzbischof somit zur Verstärkung der polnischen Propaganda überwiesen und von diesem wohl auch lediglich in diesem Sinne werden verwandt werden. Die Schwedter Versicherungsgesellschaft ist auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit errichtet. Es erhellt also, daß die Provision von 10 v. H. an Seine erzbischöfliche Gnaden aus den Taschen der übrigen Versicherungsnehmer bestritten werden wird.“

— Marseille, die zweite Stadt Frankreichs, wie es sich gern nennt, bildet sich unter den Auspizien seiner vor ein paar Jahren gewählten sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung immer mehr zum Modell des sozialdemokratischen Zukunftsstaates heraus. Die würdigen sozialdemokratischen Stadtväter überraschen ihre Mitbürger fortwährend mit neuen Kraftleistungen. Man entzweit sich, man schimpft einander, im Sitzungssaale werden regelrechte Prügeleien veranstaltet, die Geprügelten demissioniren, lassen sich wiederwählen, demissioniren abermals, und dieselbe Zerrüttung, wie innerhalb des Gemeinderaths, herrscht in allen Zweigen der Stadtverwaltung. Die Kassen sind leer, bald verschwindet ein Genosse, der seine Taschen zuvor bis oben mit dem Gelde der Steuerzahler gefüllt hat, bald wird ein anderer unter den ehrenrührigsten Anschuldigungen verhaftet, wieder ein anderer steht vor Gericht unter der Anklage der Unterschlagung öffentlicher Gelder. Das allerneuste aber ist, daß man in jüngster Zeit in dem sozialdemokratischen Sprößling eines sozialdemokratischen Gemeinde-Adjunkten den Urheber eines unter besonders empörenden Nebenumständen unweit Marseilles begangenen Mordes entdeckt hat. Da nach der Theorie des „Vorwärts“ ein Sozialdemokrat nur im Rausche ein Verbrechen begehen kann, so müssen darnach zu urtheilen, die Marseiller Stadtväter sich im Zustande permanenter hochgradigster Trunkenheit befinden.

— Die englischen und französischen Machtbestrebungen in Binnen-Afrika sind in letzter Zeit von ernsteren Unfällen betroffen worden. Es scheint, daß die englische Nigergesellschaft es durch ihr Auftreten mit den Eingeborenen gründlich verdorben hat. Trotz den anfänglichen Ableugnungen seitens der Gesellschaft steht es fest, daß die Einwohner der Stationen Braß und Akassa sich mit Erfolg gegen ihre Bedrücker gewendet und dieselben zur Preisgabe der Faktoreien gezwungen haben. Es ist bekannt, daß die Nigergesellschaft vor bestehenden Verträgen nur einen sehr mäßigen Respekt besitzt. Sowohl Deutschland als Frankreich wissen ein Lied davon zu singen, wie die Nigergesellschaft, die durch die Berliner Generalakte in Nigerbecken eingeführte Handelsfreiheit auslegt und handhabt. Man kann sich danach ungefähr ein Bild davon machen, wie die Gesellschaftsagenten gegenüber den Eingeborenen, wo jede Rücksicht von ihnen außer Acht gelassen wird, aufgetreten sein mögen. Durch dergleichen wird die Stimmung der Negerstämme in Ansehung der europäischen Kolonialbestrebungen schwerlich verbessert. Die Hindernisse, mit denen die Expedition des Oberstlieutenants Monteil zu kämpfen hatte und die jetzt zur Folge gehabt haben, daß man in Paris die Rückberufung des genannten Offiziers ernstlich ins Auge faßt, dürften in letzter Linie wohl auf den Interessenwettstreit der Westmächte in den Hinterländern ihrer resp. Küsten-Machtsphäre zurückzuführen sein. Bekanntlich sieht man in England das Vorrücken der Franzosen gegen die Länder des westlichen Sudan mit sehr mißgünstigen Blicken und sucht es auf alle Weise zu erschweren.

— Im Jahre 1894 sind nach dem Bericht der Reichskommissare für das Auswanderungswesen über deutsche Häfen im Ganzen 86 326 Personen ausgewandert, darunter 33 566 Deutsche. Von der Gesamtzahl wanderten 47 499 Personen gegen 109 400 im Vorjahr über Bremen und 38 827 gegen 58 872 im Vorjahr über Hamburg aus. Die Verminderung der Auswanderung um fast die Hälfte, wie sie in so kurzer Periode kaum je vorgekommen ist, hat ihre Hauptursache in der gedrückten Geschäftslage der Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem in Folge dessen daselbst herrschenden Arbeitsmangel. Aus demselben Grunde hat auch die Zahl der von außereuropäischen Ländern nach Europa Zurückgewanderten erheblich zugenommen. Die Zahl dieser Personen betrug in Bremen 35 648 und in Hamburg 24 852. Von den 33 566 Deutschen, von denen 17 269 über Bremen und 16 297 über Hamburg reisten, wurden befördert nach den Vereinigten Staaten 28 773, nach Britisch Nordamerika 1362, Mexiko und Zentralamerika 59, Westindien 58, Brasilien 1282, Argentinien 642, Peru 14, Chile 129, nach anderen südamerikanischen Staaten 126, nach Afrika 760, nach Asien 151 und nach Brasilien 210. Von den 52 760 Nichtdeutschen, die über deutsche Häfen auswanderten, stammten aus dem europäischen Rußland 10 297, Oesterreich-Ungarn 9400, Dänemark 397, Schweden und Norwegen 250, England 151, Rumänien 67, der Schweiz 58, den Niederlanden 53, Italien 14, Frankreich 4, aus Belgien, Portugal, Bulgarien und der Türkei je einer, aus den Vereinigten Staaten 9365 und aus anderen außereuropäischen Ländern 200. Bei letzteren beiden Gruppen sind unter der Gesamtzahl auch die auf Auswandererschiffen beförderten Reisenden mit einbegriffen, die nicht zur Klasse der Auswanderer gehören.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Februar. Der deutsche Kaiser wird, obwohl er erst am Mittwoch Abend Wien verläßt, schon am Dienstag Abend sich von den Erzherzogen verabschieden und den Mittwoch im Palais der deutschen Botschaft in der Familie des Grafen Eulenburg verbringen. Beim Letztgenannten wird sich an diesem Tage wohl wegen der Hoftrauer eine große Gesellschaft nicht versammeln, aber es wird sich doch ein größerer Kreis von Fürstlichkeiten daselbst einfinden. Heute Abend fand bei dem Erzherzog Karl Ludwig ein großes Diner statt, zu welchem alle Erzherzoge und die hier zur Zeit weilenden Fürstlichkeiten geladen waren. Der Kaiser und alle Erzherzoge erschienen in russischer Uniform.

Wien, 25. Februar. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ meldet, die Mission des Kardinals Grafen Schönborn in Rom sei gänzlich gescheitert. Der Papst habe es abgelehnt, die von den Bischöfen gewünschte Kundgebung gegen die christlich-soziale Propaganda zu erlassen.

Bezüglich der Meldung, der Abg. Dumreicher habe die Vorstandsstelle im Klub der Linken niedergelegt, erklärt die Partei, daß sie dessen Resignation derzeit nicht annehme, sondern, wenn Dumreichers Krankheitsurlaub abgelaufen sei, nähere Erklärung von ihm verlangen wolle.

Graz, 25. Februar. Der hiesige Gemeinderath beschloß heute einhellig eine Kundgebung, worin in der Cillier Gymnasiumsfrage die den Klerikalen zu Liebe erfolgte Abschwächung der ursprünglich scharfen Resolution des Landtags bedauert und die Erwartung ausgesprochen wird, daß im Falle einer den Deutschen ungünstigen Lösung dieser Frage die vereinigte Linke aus der Koalition austritt. Diese Kundgebung erregt Aufsehen, da dem Gemeinderath drei Landtagsabgeordnete angehören.

Belgien.

Brüssel, 25. Februar. Die Giftmischerin Joniaux richtete eine Bittschrift an den König, worin sie ihre Unschuld betheuert und hervorhebt, daß ihr Vater, General Ablay, 50 Jahre lang dem Königshause diente, was den Monarchen veranlassen solle, Gnade walten zu lassen. Die Verurtheilte bittet um Umwandlung des Todesurtheils in Exil. Sie verspricht nach Brasilien auszuwandern. Die Bittschrift erregt erhebliches Aufsehen.

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Der „Matin“, dem die Ruhe offenbar schon zu lange dauert, bespricht heute die bevorstehende Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals in weit weniger friedfertigem Tone als vorgestern der „Figaro“. Der „Matin“ meint, Kaiser Wilhelm könne der Eröffnungsfeier nur durch Fiktion den Charakter einer Friedensmanifestation geben, denn es handle sich hier um ein kriegerisches Werk von offensivem Charakter. Die Anwesenheit der verschiedenen europäischen Geschwader in Holtenau würde nicht erklärlicher sein als die Anwesenheit mehrerer fremder Armeekorps bei neuen Schießversuchen der deutschen Artillerie. Es wäre das nur ein kühner Coup, der zu einer internationalen Reklame bestimmt sei, um die Handelsmarine dem Kanal zuzuführen, damit sie ihm während des Friedens etlichen Verdienst zuführe, bis der Krieg ihn seiner wirklichen Bestimmung zurückgiebt. Diese „Betrachtungen“ des „Matin“ werden vermuthlich die französische Regierung nicht abhalten, der friedlichen Einladung zu entsprechen, falls sie sonst zu dieser Annahme bereit war. Die Einladungen sind in voriger Woche an alle Mächte gleichlautend durch ein Zirkular ergangen. Die französische Regierung hat die Antwort noch nicht ertheilt, daß die Antwort bejahend lautet, ist wohl kaum zu bezweifeln. Schwierig erscheint der Regierung vielleicht, unter den disponiblen Kräften die geeignetste Persönlichkeit zur Vertretung zu wählen.

Paris, 25. Februar. Der Ministerrath beschloß, ein Rundschreiben an die europäischen Großmächte zu richten zur Vermittelung des Friedens zwischen China und Japan.

Italien.

Rom, 25. Februar. Nach einer Meldung der Blätter hat die Anklagebehörde beschlossen, entsprechend dem Antrage der Vertheidiger der in dem Prozesse wegen Hinterziehung von Schriftstücken der Banca Romana verwickelten Personen die Voruntersuchung weiter auszudehnen und u. A. auch Giolitti vorzuladen.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 25. Februar. Die Delegirten der Parteien erstatteten heute Abend ihren respektiven Storthing-Fraktionen Bericht über die stattgehabten gemeinsamen Verhandlungen. In allen drei Fraktionen wurde die Haltung der Delegirten gebilligt. Die Verhandlungen werden vorläufig als gescheitert angesehen.

Großbritannien und Irland.

London, 25. Februar. Die „Times“ meldet aus Tientsin vom 25. d. M.: Der amerikanische Missionar Reid Pecking hatte eine Zusammenkunft mit der Mehrheit der Mitglieder des Großen Rathes, welche sämtlich lebhaft den Frieden wünschten. Hauptmann Hanneken hat die Organisation der Armee aufgegeben in Folge des ihn hindernden Vorgehens der chinesischen Beamten.

Rußland.

Petersburg, 25. Februar. Aus Warschau wird gemeldet: Großfürst Wladimir, welcher gestern auf der Reise nach Wien unsere Stadt passirte, besuchte den erkrankten Grafen Schuwalow im Palais Belvedere.

Asien.

Haitscheng, 25. Februar. Die von Niutschwang und Yingtschow zusammengezogenen chinesischen Streitkräfte griffen am Donnerstag die japanischen Stellungen an und wurden mit bedeutenden Verlusten zurückgeschlagen. General Nodzu war vorher von seinen Kundschaftern benachrichtigt worden, daß ungefähr 12 000 Chinesen in drei Abtheilungen auf beiden Seiten des Flusses Haichon im Anrücken und diese Truppen bedeutend besser bewaffnet wären, als die bisherigen. Die erste Abtheilung von Antsun verfügte über 10 Geschütze, die zweite von Tongwashan über 4 und die dritte Abtheilung von Laoyang brachte 6 Geschütze mit sich. Die letztere enthielt den Rest der in voriger Woche geschlagenen Truppen. Die Chinesen eröffneten das Feuer von der Landstraße nach Laoyang und griffen sodann die Ja-

paner verschiedentlich von drei Seiten gleichzeitig an. In Folge des regelmäßigen und vorzüglichen Feuerns der Artillerie des Generals Nodzu waren die Chinesen jedoch nicht im Stande, den Japanern nahe zu kommen. Den heftigsten Angriff wagten die Chinesen von der Landstraße von Tongwashan. Bei diesem Angriff tödteten die japanischen Geschosse über 100 Chinesen. Die Schlacht dauerte bis 3 Uhr Nachmittags, dann zogen sich die Chinesen zurück, während die Japaner fortfuhren, die weichende feindliche Armee zu bombardiren, bis dieselbe außer Schußweite war. Eine allgemeine Verfolgung wurde nicht beschlossen, jedoch jagte die japanische Kavallerie den Feind eine kurze Strecke vor sich her und machte verschiedene Gefangene. Der Verlust der Chinesen beträgt über 200 Todte und viele Verwundete, während der der Japaner nur 6 Todte beträgt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. Februar. **Beamtenverein und Gewerbestand.** I. Der Stettiner Beamtenverein hat in seiner Versammlung von 22. Februar beschlossen, ein eigenes Vereinshaus zu bauen und die Mittel dazu zum Theil der Spar- und Darlehnskasse des Vereins zu entnehmen. Wir lassen dahin gestellt, ob und wie weit letzteres überhaupt zulässig, aber wir beklagen das Vorgehen des Beamtenvereins in so weit, als wir aus demselben eine weitere Verschärfung des Gegensatzes von Beamtenthum und Gewerbestand für unvermeidlich halten. Denn man täusche sich nicht! Wenn auch die Petition des Vereins Stettiner Kaufleute an die Stadtverordnetenversammlung: Den Magistrat zu bewegen, seine Beamten fernerhin abzuhalten, Mitglieder des Beamtenvereins zu sein — zurückgezogen wurde, weil man sehr mit Recht dagegen einwandte, die Beamten seien ebenso gut freie Menschen wie alle andern, und so lange die gesetzlichen Normen allen andern gestatteten, sich zu Konsum- und Sparvereinen zusammen zu thun, könne man unmöglich auch den Beamten dieses Recht versagen, und ganz besonders stehe es der Stadtverordnetenversammlung nicht zu, den Magistrat gradezu zu einer Beeinflussung seiner Beamten aufzufordern, so erscheint damit die Sache doch keineswegs abgethan.

Vielmehr hat die inzwischen gewonnene Ueberzeugung, daß das Vorgehen des Beamtenvereins hier in weiteren Kreisen eigentlich nirgends Sympathie gefunden, sondern fast überall beklagt werde und daß die schwierige Lage des hiesigen gewerbthätigen Mittelstandes vollauf gewürdigt werde, in letzterem die Frage angeregt, ob es sich nicht empfehle, aus der bisherigen Defensive herauszutreten und geradezu aggressiv gegen den Beamtenverein vorzugehen.

Es läßt sich nämlich nicht leugnen, daß in den Kreisen des hiesigen gewerbethätigen Mittelstandes zur Zeit eine Art Erbitterung gegen den Beamtenverein und dessen geschäftliches Gebahren herrscht. Die Gründe dafür sind einmal die **allgemeine Konkurrenz**, die der Beamtenverein allen Geschäftstreibenden macht. Man führt an, daß der Beamtenverein schon durch sein bloßes Dasein alle hiesigen Geschäftstreibenden — jetzt insbesondere die Lebensmittelbranche — schädige; daß bei einem Umsatz von über 300 000 Mark, wie ihn der Beamtenverein erziele, etwa 8—10 gewerbetreibende Familien ihre Existenz finden könnten u. s. w. Es kommen aber noch **zwei besondere Gründe** hinzu. Der Beamtenverein zahlt bisher **keine** Gewerbesteuer. Der Beamtenverein ist daher bisher auch nicht ein Verein, der einen Verdienst erzielen will, sondern nur ein Verein, der den etwa erzielten Gewinn wieder unter seine Mitglieder vertheilt, also ein **Gewinnvertheilungsverein für seine Mitglieder**. Der Verein darf daher aber nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nur an **seine Mitglieder** verkaufen, beziehentlich den Gewinn unter diese vertheilen. Nun liegen aber unumstößliche Beweise dafür vor, daß in dieser Beziehung in dem bisherigen Verkaufslokale des Beamtenvereins stark gesündigt ist. Es ist **nicht nur** an Mitglieder verkauft, sondern es ist so ziemlich an jeden Waare verkauft, der überhaupt dort hat Waare haben wollen. Um die Sache unzweifelhaft festzustellen, sind von mehreren **Nichtmitgliedern**, unter andern auch von Angehörigen des Vereins Stettiner Kaufleute selbst dort Waaren gekauft; es ist also an der Thatsache nicht zu rütteln. Es muß dies als durchaus ungehörig bezeichnet werden, und es kann den Stettiner Gewerbetreibenden nicht verdacht werden, wenn sie über dies Gebahren des Beamtenvereins, der keine Gewerbesteuer zahlt, ungehalten sind. Die „Ostsee-Zeitung" macht daher den Vorschlag, den Beamtenverein in Zukunft zu der ja jetzt kommunalen Gewerbesteuer heranzuziehen, und ist die Veranlagung desselben zur Gewerbesteuer, wenn weiter an Nichtmitglieder verkauft werden sollte, auch nicht zu umgehen.

Die bisherige Nothwendigkeit aber, den im Verkaufslokale des Beamtenvereins erzielten Gewinn wieder irgendwie an die Mitglieder vertheilen zu müssen, brachte noch einen zweiten Uebelstand mit sich, den man in gewerblichen Kreisen fast noch übler empfand als alles andere. Um den gesetzlich nicht zulässigen Geschäftsgewinn nämlich wieder an die Mitglieder zu vertheilen, griff man, da es an einem andern Vertheilungsmaßstab gefehlt zu haben scheint, zu **Schleuderverkäufen**. So wurde, um einen Gewinn von mehreren tausenden Mark wieder fortzubringen, eine zeitlang Zucker mit 20 Pf. das Pfund verkauft, während derselbe Zucker auch bei Einkäufen von 2000 Zentnern und mehr von den Fabriken nicht unter 23 Pfennig zu haben war. Man kann sich die Gefühle jedes Geschäftsmannes denken, der selbst bei noch so großen Einkäufen 23 Pf. für das Pfund Zucker bezahlen muß und bei dem die Kundschaft es zu 20 Pf. — wie im Beamtenverein — haben will. Daß dem Geschäftsmanne nicht daran liegen kann, den in seinem sonstigen Geschäfte vielleicht erzielten Gewinn auf Zucker wieder zuzulegen, ist klar. Ebenso unzweifelhaft ist aber, daß es ihm nicht gelingen wird, der großen Mehrzahl seiner Kundschaft die verzwickten Verhältnisse, welche den Beamtenverein zu diesem Schleuderverkaufe führten, ja vielleicht zwangen, auseinandersetzen zu können. Es wird daher immer eine Mißstimmung bleiben, als sei der Kaufmann nicht leistungsfähig, oder als wolle er zuviel verdienen. Aehnliches ist mit Erbsen und anderen kleineren Artikeln vorgekommen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß der Kaufmann gerade diese gewerblichen Schleuderverkäufe des Beamtenvereins am allerschwersten empfindet, während wieder andererseits der Beamtenverein, so lange er keine Gewerbesteuern zahlt und so lange er daher einen eigentlichen Gewinn nicht erzielen darf, sondern denselben immer wieder vertheilen muß, kaum von denselben loskommen wird. Es wäre wünschenswerth, daß wenigstens **dieser** Uebelstand aus der Welt geschafft wird, und daß der Beamtenverein — und vielleicht auch in seinem **eigenen** Interesse — sich zur Zahlung von Gewerbesteuern anmeldet und entschließt.

— Wegen der Ausbildung der **Spielleute bei der Infanterie und den Eisenbahntruppen**, Ausbildung von Reserve-Spielleuten bei letzteren, sowie Einstellung von Hülfstrompetern bei dem Train ist folgende Bestimmung ergangen: 1. Die etatsmäßigen Spielleute der Infanterie sind, wie bisher, aus Mannschaften von nicht geringerer als einjähriger Dienstzeit mit der Waffe zu entnehmen; desgleichen diejenigen der Eisenbahntruppen. Diejenigen Mannschaften, welche nach Entlassung der Reserven etatsmäßige Spielleute werden sollen, sind jedoch schon im Laufe des ersten Dienstjahres neben der vollen Ausbildung mit der Waffe zu ihrer demnächstigen Verwendung vorzubilden. Die näheren Anordnungen hierfür treffen die Generalkommandos beziehungsweise der Chef des Generalstabes der Armee. 2. Bei den Eisenbahntruppen können bei jedem Bataillon 8 Reserve-Spielleute ausgebildet werden. 3. Jede Train-Kompagnie darf einen Hülfstrompeter einstellen.

— Der vom Verein junger Kaufleute gestern Abend im Saale des Konzerthauses zum Besten der Hinterbliebenen der mit der „Elbe" Verunglückten veranstaltete **Skioptikon-Vortrag** hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen, denn der große Saal war dicht gefüllt. Es wurden zwar nicht sehr zahlreiche Bilder vorgeführt, dieselben waren aber von vorzüglicher Schärfe und Farbenschönheit und zeigten durchweg Ansichten hervorragender Baulichkeiten Londons. Ein Mitglied des Vereins hatte es übernommen, die einzelnen Bilder ausführlich zu erklären und bewies derselbe eine sehr eingehende Kenntniß der englischen Verhältnisse. — Wir sind dem **Verein junger Kaufleute** recht dankbar, daß er diese in **England, Amerika** und **Frankreich** weit verbreitete, bei uns aber fast noch neue oder doch nur von wandernden Projektionskünstlern ausgeübte Unterhaltung und Belehrung in Stettin eingeführt hat. Wir hoffen, daß der schöne so leistungsfähige und für große Kosten angeschaffte Apparat noch oft zu diesem Zwecke dienen wird.

— Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Brumhard u. Kießler hierselbst, große Lastadie 50, ist das **Konkursverfahren** eröffnet. Verwalter der Masse ist Herr Kaufmann E. Strömer. Anmeldefrist: 10. April.

— Ein **Patent** ist ertheilt dem Brückenwaagen-Fabrikanten A. Aeffke hierselbst auf eine Entlastungsvorrichtung für Brückenwaagen.

— Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf das morgen Mittwoch im Bellevue-Theater stattfindende **Benefiz für Herrn Eduard Wendt** aufmerksam zu machen, bei welchem das wirkungsvolle Schauspiel „Am Altar" zur Aufführung gelangt. Möge der junge strebsame Künstler an seinem Ehrenabend durch ein volles Haus erfreut werden.

— Nach einem Erlaß der Ministerien für Handel und des Innern ist die Ausstellung besonderer Wandergewerbescheine zum **Feilbieten von Waaren mittels Ausspielung u. s. w. unzulässig**. Die Wandergewerbescheine haben vielmehr blos auf das Feilbieten der Waaren zu lauten. Die Ortspolizeibehörden haben auf Grund der Reichsgewerbeordnung § 56 c und des Allerhöchsten Erlasses vom 2. November 1868 darüber zu entscheiden, ob und in wiefern sie bei Gelegenheit von Volksbelustigungen für geringfügige Gegenstände Ausnahmen von dem Verbot der Ausspielung u. s. w. zulassen wollen.

— Am nächsten Montag findet hierselbst im Hotel zu den drei Kronen eine **Konferenz** der Vertreter von Ostseebädern und Badeärzten statt. Die Tagesordnung bildet folgende Gegenstände: 1. Mittheilung der Rhederei Bräunlich: a) über die Vertretung der Ostseebäder in einigen größeren Städten und b) über den bisherigen Erfolg der Bemühungen betreffend den Saisonkarten-Verkehr nach Ostseebädern. 2. Ueber Vergünstigungen in Bädern. Referent Bürgermeister Wegner-Swinemünde. 3. Ueber die öffentliche Beleuchtung in Bädern: Referent Limann. 4. Ueber Wetter-Beobachtungen und Messungen in Badeorten: Referent Lambrecht-Göttingen.

* In der Zeit vom 17. bis 23. Februar sind hierselbst 25 männliche und 21 weibliche, in Summa 46 Personen polizeilich als **verstorben** gemeldet, darunter 18 Kinder unter 5 und 13 Personen über 50 Jahren. Von den **Kindern** starben 7 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 3 an Gehirnkrankheiten, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, je 1 an Abzehrung, Diphtheritis, Scharlach, Gripppe, entzündlicher Krankheit und chronischer Krankheit. Von den **Erwachsenen** starben 9 an Schwindsucht, 5 an Altersschwäche, 4 an organischen Herzkrankheiten, 4 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an anderen entzündlichen Krankheiten, 1 an Krebskrankheit, 1 an Schlagfluß und 1 an Gehirnkrankheit; ein Erwachsener endete durch Selbstmord.

— Seitens des Deutschen Kriegerbundes wird jetzt unter Vermittelung der Verbände und Vereine eine Statistik über die noch lebenden Veteranen der Feldzüge 1848—49, 1864, 1866 und 1870—71 aufgestellt.

* Der Apfel-Allee Nr. 68 wohnhafte Arbeiter August **Krüger** machte gestern Vormittag in der Wohnung seiner Braut einen **Selbstmordversuch**, indem er sich mit einem Taschenmesser die Pulsadern durchschnitt. In Folge des Blutverlustes brach K. ohnmächtig zusammen, er wurde daher nach Anlegung eines Nothverbandes schleunigst in das städtische Krankenhaus überführt.

* In einem Wagen der Pferdebahnlinie Elysium-Cap-cherie wurde von dem Schaffner ein falsches **Einmarkstück** vereinnahmt.

* In letzter Nacht mußte aus dem Café Imperial am Berliner Thor ein Gast wegen ungebührlichen Betragens entfernt werden, hierüber gerieth derselbe derartig in Wuth, daß er die große Spiegelscheibe der Thür einschlug.

* Gestern Abend gegen 7¼ Uhr wurde die Handdruckspritze der Feuerwehr nach dem Hause Hohenzollernstraße Nr. 13 gerufen, dort wurde jedoch ein Brand nicht vorgefunden.

Aus den Provinzen.

Köslin, 24. Februar. Die hierselbst zur Erhebung vorgeschlagenen Prozentsätze der Einkommen-, wie auch der Realsteuern mit 150 Prozent für das nächste Jahr sind vom hiesigen Bezirksausschuß genehmigt worden.

Gerichts-Zeitung.

Berlin, 26. Februar. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I begann gestern Mittag die Verhandlung in einer umfangreichen Anklage gegen den Grundstücksmakler Guido Gerson Löwy. Derselbe ist beschuldigt, in den Jahren 1887 bis 1894 in 11 Fällen Wechsel im Betrage von vielen tausend Mark gefälscht, in sechs weiteren Fällen Betrugshandlungen gegen Baugesellschaften u. s. w. zum Schaden der letzteren begangen zu haben. Darunter figurirt allein die Baugesellschaft Bellevue mit einer Schadensumme von 140 000 Mark. Endlich soll er in den Jahren 1892—94 in drei weiteren Fällen Hypotheken-Dokumente im Betrage von 36 500 Mark, 17 000 Mark und einen Geldbetrag von 2000 Mark unterschlagen haben. Der Angeklagte ist am 16. Juni v. J. von hier nach London entflohen, dort verhaftet und auf Ansuchen des auswärtigen Amtes bezw. des Justizministers ausgeliefert worden. Der Angeklagte bestreitet in jedem Falle seine Schuld. Wegen Erkrankung mehrerer Zeugen müssen einige Anklagefälle aus der Verhandlung ausgeschieden werden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach langer Beweisaufnahme wegen der zur Verhandlung gelangten Strafthaten, wobei von diesen noch einige Fälle als nicht genügend erwiesen ausgeschieden wurden, zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust.

Vermischte Nachrichten.

— Der Kaiser hat, wie die „Voss. Ztg." erfährt, bei dem Mahle, das der Oberpräsident Dr. v. Achenbach am letzten Sonnabend den Mitgliedern des brandenburgischen Provinziallandtages gab, im Laufe des Gesprächs anerkennende Aeußerungen über die Eigenarten der Berliner, die sie im Soldatenleben zeigen, geäußert. Besonders hat der Kaiser den guten Einfluß gerühmt, den der schlagfertige Witz der Berliner Soldaten unter unangenehmen Verhältnissen auf die Kameraden ausübt. Einen Fall erzählte der Monarch aus eigener Erfahrung. Zur Zeit, als er noch Prinz Wilhelm war, befehligte er bei einer Feldübung eine Infanterieabtheilung. Es geschah das in der Nähe von Trebbin. Die Hitze war außerordentlich groß, die Mannschaften, denen der Prinz bezüglich ihrer Kleidung schon weitgehende Erleichterungen gestattet hatte, litten ungemein unter den Anstrengungen des Marsches. Es zeigten sich Spuren von Erschöpfung bei den Leuten, die beinahe knietief in den losen märkischen Sand versanken; da hörte der Kaiser, wie ein Flügelmann, ein echtes Berliner Kind, die Worte ausrief: „Jetzt fehlt hier nur noch ein Kamel." Die Kameraden lachten herzlich über diese die Lage bezeichnende Bemerkung, die ihre ermunternde Wirkung nicht verfehlte und die Leute die Unbequemlichkeit des Augenblicks vergessen ließ. Anknüpfend an diesen Fall erzählte der Kaiser eine Episode aus dem deutsch-dänischen Krieg, die ihm von seinem Vater, dem Kaiser Friedrich, mitgetheilt worden ist. In kleinen Booten bewerkstelligten die preußischen Truppen die Uebersetzung nach Alsen, bestrichen von dänischen Geschützen. Uebermäßig gemüthlich war es gerade nicht, da ließ plötzlich ein mit Spreewasser getaufter Füsilier die klassischen Worte fallen: „Ick jondle auch lieber in Stralau für'n Groschen, als hier für nischt." Auf die Stimmung der Kameraden war dieses Scherzwort von vorzüglicher Wirkung. Im Zusammenhang mit diesen Mittheilungen bezeichnete der Kaiser seine Berliner als den Sauerstoff in der Armee.

— Ueber den Diamanten-Krieg auf Monte Carlo wird aus Monte Carlo der „Wiener Allgemeinen Zeitung" geschrieben: „Unter den vielen Beautés, die überall dort zu finden sind, wo es vom Glück Begünstigte giebt, sind es eigentlich nur zwei Stars, die den Ruhm für sich in Anspruch nehmen dürfen, die Königinnen der Spielbank zu sein, Fräulein Liane de Pougy und Sennorita Otero. Fräulein Pougy ist Vollblut-Französin. Fräulein Otero, die schöne Spanierin, ist den Wienern von ihrer Thätigkeit im Orpheum her wohlbekannt. Ihr bevorzugter Freund ist der junge Vanderbilt. Da es nun bekanntlich nirgends zwei gleichgestellte Schönheitsköniginnen geben kann, so intriguiren die beiden Damen auf jede nur mögliche Weise gegeneinander und suchen sich den Rang abzulaufen. Dies geschah vorerst durch hohes Spiel. Setzte die Französin hundert Franks, so spielte die Spanierin um das Doppelte, und so ging es fort mit Grazie, bis die Damen sahen, daß auf solche Weise kein Triumph zu erzielen sei. Nun begann ein Diamantenkrieg auf Leben und Tod. Beide Damen erschienen in Kleidern, die von Juwelen strotzten, und paradirten im Park und Salon. Jeden Tag trugen sie mehr Schmuckgegenstände, die Toiletten schienen fast zu klein, um all' die Diamantenpracht zu fassen. Da führte Otero eines Tages den entscheidenden Schlag. Sie erschien um die dritte Nachmittagsstunde in einem diamantbesäeten Kleide, um den Hals trug sie ein Kollier aus schwarzen Perlen, in den Haaren ein Diadem, das einer Königin würdig wäre. Um das Handgelenk strahlten haselnußgroße Diamanten, und selbst der Saum des schwarzen Spitzen-Unterkleides war mit Perlen und Edelsteinen eingefaßt. Also besiegt, gab sich Liane de Pougy trotzdem nicht verloren. Sie erschien vor einigen Tagen neben der diamantenstrotzenden Otero ohne ein einziges Juwel, hinter ihr aber schritt ihre Kammerzofe in Haube und Schürze, mit Diamanten geschmacklos überladen und die Schürze selbst mit Diamanten eingefaßt. Nach diesem Coup sah sich Sennorita Otero veranlaßt, bei der Direktion Beschwerde zu führen, und thatsächlich verbat sich die Direktion die nochmalige Ausführung eines solchen Scherzes bei Fräulein Pougy „bei sonstigem Spielverbot", der strengsten Strafe, die Monte Carlo zu verhängen hat!"

Paris, 25. Februar. Marie Mattei, eine 23jährige Korsin, Tochter eines Obersten, war von ihrem Onkel Adolphe Mattei, dessen Obhut sie von ihren Eltern anvertraut worden war, in Marseille verführt worden. Als das Verhältniß Folgen hatte, brachte der Onkel seine Nichte nach Paris zurück. Der Oberst erfuhr nur einen Theil der Wahrheit und tödtete sich aus Scham und Verzweiflung. Als Marie Mutter geworden war, erklarte der Vater des Kindes, er werde nichts für sie selbst und das Kleine thun. Von Rachegedanken erfüllt, reiste sie nach Marseille, wo Adolphe Mattei eben aus Amerika anlangte, lockte ihn in einen Gasthof, ließ sich wiederholen, daß er sich ihrer nicht weiter annehmen wolle, und schoß dann fünf Kugeln auf ihn ab, von denen schon die erste ihn tödtlich verletzte. In Anbetracht der Umstände wurde aber die des vorsätzlichen Mordes Geständige freigesprochen.

△ Wie aus Laon gemeldet wird, hat sich auf der Nordbahn ein schweres Eisenbahnunglück zugetragen. In Folge des eingetretenen Thauwetters hat auf einer Strecke ein Erdrutsch stattgefunden, wobei die Lokomotive eines Zuges vom Bahndamme geworfen wurde. Zwei Eisenbahnbeamte sind getödtet.

□ **Newyork**, 26. Februar. Unweit Alabama entgleiste gestern ein Bahnzug mit Ausflüglern aus Louisville. Zwei Wagen und der Schlafwagen geriethen in Brand. Vier Personen wurden getödtet, acht schwer und 40 leicht verletzt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. Februar.

Wetter: Schön. **Temperatur** + 0 Grad Reaumur. **Barometer** 757 Millimeter. **Wind**: Süd.

Weizen unverändert, per 1000 Kilogramm loko geringer 120,00—126,00, guter 129,00 bis 134,00, per April-Mai 137,00 B. u. G., per Mai-Juni 138,00 B. u. G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 111,00—114,00, per April-Mai 116,50 bez., per Mai-Juni 117,25 B. u. G.

Gerste per 1000 Kilogramm loko pommersche 110,00—122,00, Märker 115,00—145,00, polnische —,—.

Hafer per 1000 Kilogramm 100,00 bis 110,00.

Spiritus fest, Termine ohne Handel, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,6 G.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 26. Februar.

Weizen per Mai 138,00, bis —,—, per Juni 138,50 per Juli 139,00.

Roggen per Mai 118,25, bis 118,00 118,75 per Juni, per Juli 119,25.

Rüböl per Mai 42,80, per Oktober 43,50.

Spiritus loko 70er 32,40, per Februar 70er 37,00, per Mai 70er 37,90, per September 39,10.

Hafer per Mai 114,00, per Juni 114,50.

Mais per Mai 110,25, per Juni 110,25.

Petroleum per Februar 20,70.

London, 26. Februar. Wetter: Nachtfrost.

Berlin, 26. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105 60	London lang	203 85
do. do 3½%	104 75	Amsterdam kurz	169 35
do. do. 3%	98 70	Paris kurz	81 15
Deutsche Reichsanl. 3%	98,30	Belgien kurz	81,00
Pomm. Pfandbriefe 3½%	103,00	Berliner Dampfmühlen	111 00
do. do. 3%	97,00	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	68 00
do. Landescred.-B. 3½%	102,20	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	232 25
Centrallandsch.Pfdbr.3½%	102,90	„Union", Fabrik chem. Produkte	131 30
do. 3%	96,90	Varziner Papierfabrik	160 75
Italienische Rente	88 00	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	104 70
do. 3% Eisenb.-Oblig.	54,50	Stett. Stadtanleihe 3½%	102 75
Ungar. Goldrente	102,60	**Ultimo-Kourse:**	
Rumän. 1881er am. Rente	98,50	Disconto-Commandit	200,75
Serbische 5% Tab.-Rente	76,80	Berliner Handels-Gesellsch.	151 25
Griech. 5% Goldr. v. 1890	34,25	Oesterr. Credit	238 25
R. m. amort. Rente 4%	87 00	Dynamite Trust	145,10
Russ. Boden-Credit 4½%	102,90	Bochumer Gußstahlfabrik	135.90
do. do von 1880	102,75	Laurahütte	122 00
Mexikan. 6% Goldrente	79 50	Harpener	135 50
Oesterr. Banknoten	165,35	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	131,50
Russ. Banknoten Cassa	218 95	Dortm. Union St.-Pr. 6%	60.60
do. do. Ultimo	218 75	Ostpreuß. Südbahn	82 25
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	— —	Marienburg-Mlawkabahn	74 10
do. (100) 4%	— —	Mainzerbahn	117 25
do. (100) 4%	104 50	Norddeutscher Lloyd	87,60
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,70	Lombarden	43,00
Stett. Bulc.-Act. Littr. B.	135 50	Luxemb. Prince-Henribahn	101 30
Stett. Bulc.-Prioritäten	142 75		
Petersburg kurz	218 70		
London kurz	204 75		

Tendenz: Schwach.

Paris, 25. Februar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Matt.

	25.	23.
3% amortisirb. Rente	101,35	101,45
3% Rente	103,12½	103,30
Italienische 5% Rente	87,05	88,00
4% ungar. Goldrente	101,31	101,68
4% Russen de 1889	102,70	102,80
4% Russen de 1894	66,85	67,00
3% Russen de 1891	92,25	92,70
4% unifiz. Egypter	—,—	105,00
4% Spanier äußere Anleihe	76,50	77,00
Convert. Türken	26,75	26,87½
Türkische Loose	132,60	134,50
4% privil. Türk.-Obligationen	496,00	498,70
Franzosen	795,50	813,75
Lombarden	—,—	240,00
Banque ottomane	693,00	698,00
„ de Paris	730,00	735,00
Debeers	519,00	523,00
Credit foncier	910,00	905,00
Huanchaca	155,00	157,00
Meridional-Aktien	610,00	625,00
Rio Tinto-Aktien	318,70	324,30
Suezkanal-Aktien	3251,00	3260,00
Credit Lyonnais	825,00	831,00
B. de France	3800,00	3800,00
Tabacs Ottom.	506,00	503,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M	122 11/16	122 11/16
Wechsel auf London kurz	25,23½	25,23
Cheque auf London	25 25	25,24½
Wechsel Amsterdam k.	206,75	206,75
„ Wien k.	201,50	201,62
„ Madrid k.	453,50	455,25
„ Italien	5,87	5,25
Robinson-Aktien	213,00	213,00
Portugiesen	25,25	25,37½
Portugiesische Tabaksoblig.	455,00	455,00
Privatdiskont	1,62	1,50

Posen, 25. Februar. Spiritus ohne loko Faß 50er 49,50, do. loko ohne Faß 70er 29,90. Still. — Wetter: Thauwetter.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee**. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 78,50, per Mai 78,00, per September 77,00, per Dezember 74,50. Ruhig.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags 3 Uhr. **Zuckermarkt**. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per Februar 9,02½, per März 8,97½, per Mai 9,07½, per August 9,35. — Ruhig.

Bremen, 25. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum**. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Fest. Loko 5,50. — **Baumwolle** williger.

Amsterdam, 25. Februar, Nachmittags. **Getreidemarkt**. **Weizen** auf Termine unverändert, per März 127,00, per Mai —,—. **Roggen** loko ruhig, do. auf Termine träge, per März 92,00, per Mai 95,00, per Oktober 100,00. **Rüböl** loko 25,25, per Mai 21,00, per Herbst 21,00.

Amsterdam, 25. Februar. **Java-Kaffee** good ordinary 54,00.

Amsterdam, 25. Februar. **Bancazinn** 36,25.

Antwerpen, 25. Februar. Nachmittags 2 Uhr. Petroleum- und Getreidemarkt geschäftslos. Morgen Feiertag. Schmalz und Margarine geschäftslos.

London, 25. Februar. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Naßkalt.

London 25. Februar. 96proz. **Javazucker** loko 11,00, ruhig. **Rübenrohzucker** loko 9,00, ruhig. **Centrifugal-Cuba** —,—.

London, 25. Februar. **Kupfer**, Chili good ordinary brands 39 Lstr. — Sh. — d. **Zinn** (Straits) 59 Lstr. 17 Sh. 6 d. **Zink** 14 Lstr. — Sh. — d. **Blei** 9 Lstr. 15 Sh. — d. **Roheisen**. Mixed numbers warrants 41 Sh. 5 d.

London, 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr. 20 Min. **Getreidemarkt**. (Schlußbericht.) Sämtliche Getreidearten ruhig, gegen Anfang unverändert; flacher Mais ¼—½ Sh. niedriger gegen vorige Woche.

Glasgow, 25. Februar. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 3284 Tons gegen 8091 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 25. Februar, Nachm. **Roheisen**. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 4½ d.

Chicago, 25. Februar.

	25.	23.
Weizen behauptet, per Februar	50,75	50,50
do. per Mai	55,12	52,87
Mais behauptet, per Februar	43,12	42,50
Pork per Februar	10,05	9,95
Speck short clear	nom.	nom.

Newyork, 25. Februar. Bestand an Weizen 79 476 000 Bushels, do. an Mais 12 969 000 Bushels.

Newyork, 25. Februar. (Anfangs-Kourse.) **Weizen** per Mai 57,75. **Mais** per Mai 48,50.

Newyork, 25. Februar, Abends 6 Uhr.

	25.	23.
Baumwolle in Newyork	5 9/16	5,62
do. in Neworleans	5,12	5 3/16
Petroleum matt, Rohes	6,80	6,80
Standard white in Newyork	6,10	6,10
do. in Philadelphia	6,05	6,05
Pipe line certificates März nom.	103,62	104,00
Schmalz Western steam	6,70	6,75
do. Lieferung per Februar	6,72	6,75
Zucker Fair refining Moscovados	2 11/16	2 11/16
Weizen behauptet.		
Rother Winter- loko	58,12	58,00
per Februar	56,87	56,75
per März	57,12	57,00
per April	—,—	—,—
per Mai	58,25	58,12
Kaffee Rio Nr. 7 loko	16,62	16,62
per März	15,25	15,20
per Mai	15,00	14,95
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,40	2,40
Mais, per Februar behauptet	49,00	48,87
per März	—,—	—,—
per Mai	49,25	49,12
Kupfer: höchster Preis	9,60	9,65
Getreidefracht nach Liverpool	2,25	2,00

Wollberichte.

Bradford, 25. Februar. Wollmarkt thätig, Merino fest, Croßbreds thätiger, unverändert. Mohairwolle ½ höher, Garne und Stoffe sich bessernd.

Wasserstand.

Stettin, 26. Februar. Im Revier 17 Fuß ? Zoll = 5,50 Meter.

Amtlicher Ostsee-Eisbericht

des Küstenbezirks-Amt II. zu Stettin für den 26. Februar, 8 Uhr Morgens.

Memel: See eisfrei, Seetief etwas Treibeis.
Nidden: See Treibeis, Haff starke Eisdecke.
Pillau: See und Seetief Treibeis, für Dampfer passirbar, Haff feste Eisdecke.
Neufahrwasser: See eisfrei, Hafenkanal Treibeis. Danzig mit Eisbrecherhülfe zu erreichen.
Brüsterort, Oxhöft, Hela, Rixhöft: See eisfrei.
Putziger Wiek: Festes Eis.
Kolberg: Hafen festes Eis, Mündung eisfrei, Ostsee kein freies Wasser.
Swinemünde: In See stellenweise offenes Wasser, sonst unverändert.
Greifswalder Oie: Soweit sichtbar eisfrei.
Thiessow: Starkes, festes Eis im Greifswalder Bodden und Osttief, seewärts eisfrei.
Arkona: In West und Nord feste Eisdecke, in Ost Treibeis.
Wittower Posthaus: Im Revier einige offene Stellen.
Barhöft: In See soweit sichtbar feste Eisdecke.
Darßerort: Kein offenes Wasser sichtbar.
Warnemünde: In See soweit sichtbar feste Eisdecke.
Wismar: Festes Eis bis außerhalb Poel.
Travemünde: Seewärts unverändert. Eis bis Brodtner Riff aufgebrochen. Hafen und unteres Pfahlrack eisfrei. Revier Fahrrinne.
Marienleuchte: Fehmarnbelt Eisdecke, stellenweise offen. Fehmarnsund wie gestern.
Kiel: Kieler Bucht Treibeis und offenes Wasser. Föhrde feste Eisdecke.
Eckernförde, Schleimünde, Sonderburg, Apenrade, Arösund: unverändert.
Großer Belt, westliche Ostsee: Viel Treibeis.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 26. Februar. Die Meldung, daß Fürst Bismarck seinen 80. Geburtstag in Schönhausen verbringen werde, bestätigt sich nicht. Eine Aenderung des Aufenthalts ist nicht beabsichtigt. Die Eisenbahndirektion Altona fordert die Vereine u. s. w. auf, Stellung von Sonderzügen spätestens in den ersten Tagen des Monats März zu beantragen, damit die Direktion ihre Vorkehrungen zu dem voraussichtlichen Massenverkehr nach Friedrichsruh am 1. April rechtzeitig treffen kann. — Der Fürst befindet sich übrigens bis auf das Gesichtsreißen, von dem er geplagt wird, wohl und verfolgt alle politischen Vorgänge mit regem Interesse.

Pest, 26. Februar. Gestern fand im Ministerpräsidium eine zweite Konferenz über die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter statt. Es wurde konstatirt, daß eine eigentliche Nothlage im ungarischen Tieflande nicht bestehe, nur stellenweise hätte der Winter Arbeitsmangel hervorgerufen, es wäre daher zu sorgen, daß die armen Leute auch während des Winters Arbeit bekommen. Ferner wurde auf das erschreckende Anwachsen der Sozialdemokratie in Ungarn hingewiesen und es wurde beschlossen, nach dem Austausch der Meinungen ein Memorandum an die Regierung zu richten.

Paris, 26. Februar. Hier wurde ein Hochstaplerpaar größten Stils unter dem Namen Graf von Merrier und Gräfin von Pavilly verhaftet. Die Genannten hatten, er ein Handlungsreisender und sie seine Geliebte, unter obigen Namen in Spanien und Portugal ungeheure Schwindeleien verübt. Im vergangenen Jahre kamen sie nach Paris, wo sie gleichwie in Madrid und Lissabon in Folge ihres sichern Auftretens und glänzendem Luxus Eingang in die vornehmsten Kreise fanden. Hier gründeten sie einen Wohlthätigkeitsverein und der Pseudograf entlockte den Kavalieren, Financiers und Künstlern eine eine Million übersteigende Summe.

Paris, 26. Februar. Aus Brest wird gemeldet, daß augenblicklich auf der dortigen Werft an den großen Schiffen mit Eifer gearbeitet wird. Mehr als 600 Arbeiter sind an Bord des „Brennus" und „Hoche" beschäftigt und ein neues Schiff „Charlemagne" von 11 975 Tonnen soll für Oktober vollständig fertig gestellt werden. Gleich nach dem Stapellauf derselben wird ein Panzerschiff „Gaulois" gebaut werden.

Wie die offiziöse Presse mittheilt wird die französische Regierung in den nächsten Tagen eine Einladung an die verschiedenen Mächte zur Weltausstellung von 1900 ergehen lassen.

Rom, 26. Februar. Der Abgeordnete Rudini fährt fort, die Hauptführer der gemäßigten Partei in der Lombardei um sich zu versammeln. Diejenigen, welche sich nicht vollständig anschließen wollen, werfen Rudini vor, er habe einen Bund mit den Radikalen geschlossen, was Rudini energisch bestreitet.

Odessa, 26. Februar. Die Regierung schickt eine Abordnung von Gelehrten nach China, Ceylon und Japan, um die Theekultur dort kennen zu lernen, um sie dann in Südrußland einzuführen. Die Abordnung geht noch im Laufe dieses Monats von Odessa ab, derselben schließt sich der Domänenverwalter des Kaukasus, Herr Klingen, an. Letzterer hat schon Theepflanzungen bei Tschowka im Kaukasus angelegt, die gut gedeihen.